



WIE DIE EU EUROPA ZERSTÖRT



Green Deal
Migrationspakt
Zentralismus
Schuldenpolitik
Überwachung

Der Green Deal

Klimaneutralität um jeden Preis

„Der EU-Green Deal – ein Wirtschaftskiller - Green Disaster“

Obwohl Europa für nur 8 Prozent der weltweiten Treibhausemissionen verantwortlich ist, wird unter dem Vorwand des Klimaschutzes unsere freie Marktwirtschaft zunehmend in eine sozialistische Planwirtschaft transformiert.

Dies führt zu:

- Wohlstandsverlust durch Abwanderung der europäischen Industrie
- Verlagerung der Wertschöpfung ins Ausland
- mehr Umweltverschmutzung wegen niedriger Auflagen im Ausland

Der Erhalt unserer Wirtschaftskraft ist für die Sicherung unserer Zukunft entscheidend!

Deswegen fordern wir:

- sofortiges Ende des rein ideologiegetriebenen Green Deal
- Entbürokratisierung statt ständig neuer Vorschriften
- echten Investitionsschub in Zukunftstechnologien statt steigender Kosten für die Wirtschaft
- echten Umweltschutz statt Klimahysterie

Green Deal: Gesetzes- und Maßnahmenbündel der EU mit dem Ziel, bis 2050 in der Europäischen Union die Netto-Emissionen von Treibhausgasen auf null zu reduzieren und somit als erster Kontinent „klimaneutral“ zu werden.

Fit for 55

„fit for 55 - der Wohlstandskiller“

Mit dem realitätsfernen aber enorm kostenintensiven Programm „fit for 55“ soll die EU zum „Klimaleuchtturm der Welt“ werden. Die Folgen sind bereits jetzt verheerend:

- Ende des Verbrennungsmotors ab 2035 führt zu massiver Einschränkung der Mobilität
- einseitige Fokussierung auf elektrische Energie trotz Strommangels
- Kostensteigerung in allen Bereichen von Lebensmitteln über das Wohnen bis zur Mobilität

Wir fordern daher:

- Rücktritt vom Verbrennerverbot - und das sofort
- Technologieoffenheit statt ideologischer Beschränkungen
- Fokussierung auf die Interessen der heimischen Bürger statt abstruser Weltrettungsfantasien

Fit for 55: „Halbzeitetappe“ auf dem Weg zur „Klimaneutralität“
- die CO₂-Emissionen der EU müssen bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 sinken.

EU-Emissionszertifikate- handel

„Der EU-Emissionshandel – Warum Energie so teuer ist“

Mit dem Instrument des CO₂-Emissionshandels wird der Preis für Energie und wichtige Industriegüter von der EU künstlich in die Höhe getrieben:

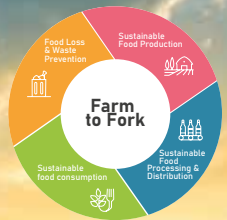
- Der Preis pro Tonne CO₂ hat sich von 2017 bis 2023 von 5,8 Euro auf über 100 Euro fast verzwanzigfacht.
- Diese künstliche Preistreiberei belastet Bürger und Unternehmen enorm.
- Die geplante Ausweitung des Emissionshandels auf Verkehr und Gebäude bringt die nächste massive Teuerungswelle in der EU.
- Die Inflation wird weiter angeheizt.
- Mit dem EU-Emissionshandel wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer exportorientierten Wirtschaft zerstört.

Gerade in Zeiten der hohen Inflation und der Wirtschaftskrise ist eine künstliche Verteuerung der Energiepreise völlig unverantwortlich.

Wir fordern daher eine ersatzlose Streichung des aberwitzigen Emissionshandels.

Emissionszertifikatehandel: europaweit rund 10.000 Anlagen und Betriebe der Energiewirtschaft und der energieintensiven Industrie, die bei der Produktion CO₂ emittieren, müssen dafür sog. „Emissionszertifikate“ kaufen - also quasi eine Art „Strafsteuer“ entrichten

Farm to Fork



„Farm to Fork – Der Bauernkiller“

Mit immer neuen Vorschriften wird den Landwirten das Leben schwer gemacht und die Lebensmittelproduktion in Europa gesenkt:

- massive Beschränkungen bei Pflanzenschutzmitteln und Dünger
- Rückgang der Lebensmittelproduktion um mindestens zehn Prozent
- enorme Preissteigerungen bei Lebensmitteln
- Europa wird vom Lebensmittelexporteur zum Importeur
- forcierte Ernährungsumstellung hin zu „alternativen Proteinquellen“ wie Algen und Insekten

Farm to fork ist eine ernsthafte Bedrohung für die europäische Landwirtschaft und damit die heimische Lebensmittelversorgung. So wird das Bauernsterben vorangetrieben.

Wir fordern daher:

- Förderung lokaler Lebensmittelproduktion
- entschiedenes Vorgehen gegen gesundheitsgefährdende Lebensmittel wie Gammelfleisch
- Förderung der kleinteiligen heimischen Landwirtschaft als unverzichtbaren Nahversorger
- Entbürokratisierung für Landwirte

Farm to fork: EU-Landwirtschaftsstrategie im Rahmen des Green Deal



SUR/LULUCF/RED III/

Nature Restoration Law

**„Massiver Umbau in allen Bereichen –
eine gefährliche Drohung“**

Auch in vielen anderen Bereichen wie der Landnutzung oder bei erneuerbaren Energien strebt die EU einen massiven Umbau an.

- Bedrohung der regionalen Energieversorgung durch Verbote und Einschränkungen von Biomasse, v.a. Holz, zur Energiegewinnung
- Einschränkung der Nutzung von Wäldern und landwirtschaftlichen Flächen
- kalte Enteignung der Landwirte durch zwangsweise Umwandlung von Ackerflächen
- Verbot von Pflanzenschutzmitteln schadet u.a. dem österr. Weinbau
- Verringerung der landwirtschaftlichen Nutzflächen führt zu weiterem Rückgang der Lebensmittelproduktion

Diese Maßnahmen sind nicht nur eine weitere Bedrohung der Landwirtschaft, sondern stellen auch die Nutzung des Rohstoffs Holz in Frage.

Wir fordern daher:

- Förderung von Biomasseanlagen als unverzichtbaren Bestandteil lokaler Energieversorgung
- Rücksichtnahme auf lokale Gegebenheiten statt unsinniger Einheitsvorschriften von Griechenland bis Schweden
- sinnvolle Renaturierungsmaßnahmen statt Bauernenteignung

SUR: „sustainable use regulation“ - EU-Pestizidrichtlinie (quasi-Verbot von Pflanzenschutzmitteln)

LULUCF: „land use, land use change and forestry regulation“ - Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft Verordnung (CO₂-Einsparung durch Änderung der Bewirtschaftungsform)

RED III: „renewable energy directive“ - Erneuerbare Energien Verordnung (Einschränkung der Nutzung von Holz (Biomasse) zur Energiegewinnung)

Nature Restoration Law: „Gesetz zur Wiederherstellung der Natur“ (Bauern-Enteignungs-Gesetz)

EU-Migrationspakt

„EU-Migrationspakt bedeutet Masseneinwanderung statt Grenzkontrollen“

Obwohl die illegale Immigration nach Europa inzwischen wieder die Dimensionen des Massenansturms von 2015/16 erreicht hat, träumt die EU-Kommission in ihrem neuen EU-Migrationspakt von „neuen legalen Migrationswegen nach Europa“.

Foto: reporter.co.at

Das ist die EU-Migrationspolitik:

- Abschiebequote für illegale Migranten liegt unter 20 Prozent
- EU fordert Umverteilung von Asylwerbern in der EU
- effektiver Grenzschutz wird behindert und kriminalisiert statt unterstützt
- Zunahme von Gewaltverbrechen

Statt auf effektiven und robusten Außengrenzschutz setzt die EU weiter auf Massenzuwanderung.

Wir fordern daher:

- nicht die Interessen von Migranten, sondern die Interessen der Bürger müssen im Mittelpunkt stehen.
- die Abschiebung von illegalen Migranten muss die Regel sein, nicht die Ausnahme
- der Grenzschutz muss verstärkt und illegale Migranten an den Außengrenzen abgewiesen werden
- illegaler Grenzübertritt muss zu sofortiger Rückweisung führen
- Klarstellung der Legalität von Push-Backs

EZB/Inflation

„Die Europäische Zentralbank – Die Währungskillerin“

Statt ihrer Kernaufgabe - der Preisstabilität - nachzukommen, betreibt die EZB eine verantwortungslose Politik der Geldschwemme. Die EZB ist damit hauptverantwortlich für die hohe Inflation.

- Ausweitung der Bilanzsumme von 4,7 Billionen Euro auf 8,8 Billionen Euro 2019 bis 2022
- EZB brachte von 2019 bis 2022 täglich 4,5 Milliarden neue Euro in Umlauf
- die plötzliche Zinserhöhung durch die EZB belastet Bürger und Unternehmer stark

Sowohl die Nullzinspolitik als auch die Käufe von Staatsanleihen dienen nicht der Preisstabilität, sondern der Unterstützung von Pleiteregierungen.

Wir fordern daher:

- Die EZB muss sich auf ihre Kernaufgabe der Preisstabilität konzentrieren.
- Die verdeckte Staatsfinanzierung ist sofort einzustellen.
- Gerade bei der Auswahl des EZB-Führungspersonals ist größter Wert auf persönliche Integrität und die Vermeidung von Interessenskonflikten zu legen.

Schuldenunion

„Von der Wirtschaftsunion zur Schuldenunion“

2020 hat die EU entgegen geltender Verträge erstmals selbst Schulden aufgenommen (Corona Wiederaufbaufonds - NextGenerationEU)

- Steigende Zinsen für EU-Schulden belasten den EU-Haushalt immer stärker.
- Neue EU-Abgaben führen zu neuen Belastungen für Bürger.
- Österreichische Steuerzahler haften de facto für die Schuldenmacherei anderer Staaten.

Die gemeinsame Schuldenaufnahme war ein Tabubruch und ist der Weg in die Schuldenunion. Mit der geplanten Bankenunion will die EU die nationale Einlagensicherung für marode ausländische Banken zweckentfremden.

Wir fordern daher:

- strikte Einhaltung der Unionsverträge, v.a. des Verschuldungsverbots
- keine neuen EU-Anleihen, die allein der Umverteilung in der EU dienen
- keine neuen EU-Abgaben, die Bürger und Unternehmen zusätzlich belasten
- NEIN zur Bankenunion - die Einlagensicherung ist ausschließlich für heimische Sparer zu verwenden

Digital Services Act

„Killer der Meinungsfreiheit“

Mit dem Digital Services Act greift die EU weit über bereits bestehende Gesetze hinaus in die Meinungs- und Pressefreiheit im Internet ein. Der EU-Digitalkommissar träumt bereits von kompletten Sperrungen digitaler Plattformen.

Das will die EU:

- „Hate Speech“ und „Fake News“ als neue, völlig undefinierte Tatbestände
- Verpflichtung privater Unternehmen zur Zensur
- massive Einschränkung des Rechtsweges gegen ungerechtfertigte Löschungen im Internet

Die Möglichkeit von Bürgern und unabhängigen Medien, sich über das Internet auszutauschen und Nachrichten zu verbreiten, wird so massiv eingeschränkt.

Wir fordern daher:

- die Einhaltung bisheriger Gesetze gegen Verleumdung, üble Nachrede etc. muss ausreichen
- keine Einführung unbestimmter und beliebig auslegbarer Tatbestände wie „Hate Speech“ oder „Fake News“
- freie Meinungsäußerung und freie Medien müssen gerade auch im Internet garantiert sein

Digital Services Act: (Gesetz über digitale Dienste): ist eine Verordnung der Europäischen Union, die unter anderem Haftungs- und Sicherheitsvorschriften für digitale Plattformen, Dienste und Produkte schaffen und den digitalen Binnenmarkt vollenden soll.

EU-Zentralismus und Ausweitung der Befugnisse der EU

„Die EU als Souveränitätskiller“

Der Erhalt Österreichs als souveräner Nationalstaat steht auf dem Spiel!

Das will die EU:

- Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip um kleinere Staaten zu überstimmen
- Ausweitung der Befugnisse der EU in den Bereichen Gesundheit, Energie, Verteidigung, Soziales und Wirtschaft zu Lasten der Nationalstaaten
- Umwandlung vom Staatenbund zum Einheitsstaat
- verpflichtendes „Gender-Mainstreaming“ in den Mitgliedsstaaten
- europäische Staatsanwaltschaft (Verlagerung des Justizbereichs an die EU)

Wir setzen uns dagegen für einen Erhalt des Nationalstaates als demokratischen Kern eines europäischen Staatenbundes ein.

Wir fordern daher:

- Erhaltung des Einstimmigkeitsprinzips zur Wahrung der Interessen gerade kleinerer Mitgliedsstaaten
- Kernkompetenzen wie Budgethoheit, Sicherheit, Soziales, Gesundheit und Energiewirtschaft müssen bei den Mitgliedsstaaten bleiben
- Europäischer Rat als Vertretung der Mitgliedsstaaten muss zentrales Entscheidungsorgan bleiben
- ein Ende der Propagierung der abwegigen Genderideologie in der EU
- Justizhoheit muss bei den Nationalstaaten bleiben

Wie die EU Europa zerstört!

Immer stärker mischt sich die EU in das Leben der Bürger ein. Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes wird eine vollständige Transformation unserer Gesellschaft angestrebt. Entmündigte Untertanen statt freier Bürger, Planwirtschaft statt freier Marktwirtschaft, europäischer Einheitsstaat statt freier Nationalstaaten sind die Ziele dieser Umwandlung. Die ersten Auswirkungen dieser aberwitzigen Politik sind bereits jetzt für jedermann direkt spürbar: explodierende Energiepreise, enorme Inflation und Einschränkungen in allen Lebensbereichen. Deswegen ist eine Politikwende um 180 Grad geboten. Die Interessen der europäischen Bürger müssen Vorrang haben. Dem Wirken realitätsferner Bürokraten und ideologischer Fanatiker muss dringend Einhalt geboten werden!

Europa muss wieder NORMAL werden!
Dafür kämpfen wir freiheitliche EU-Abgeordnete!!!



Facebook
romanhaider.mep



Instagram
romanhaider.mep

www.fpoe.eu

EU Wahl
09. Juni 2024

Mag. Roman Haider



Mag. Roman Haider

Harald Vilimsky

Mag. Dr. Georg Mayer, MBL-HSG